

# Nazi-Mordüberfälle im ganzen Reiche

## Ein Arbeiter ermordet. Viele Schwer- und Leichtverletzte. Die Arbeiter setzen sich zur Wehr. SPD-Polizeipräsident Grzesinski in Berlin läßt auf Arbeiter schießen

Kottbus, 4. April (Eig. Drahtb.)  
Am Sonnabendnachmittag provozierten Nazis in Kottbus bei Kottbus in der Niederkauff. Die Erwerblosen setzten sich zur Wehr, wobei 2 SA-Leute verletzt wurden. Kurze Zeit später wurde auf offener Landstraße der kommunistische Arbeiter, Gen. Schreiber, von einem Kottbuser Wehrmann, dem Nazi Lehner, provoziert. Als Genosse Schreiber den Nazi zurechtweisen wollte, zog dieser seinen Revolver und steckte den Genossen Schreiber durch einen Schuß nieder. Genosse Schreiber war sofort tot. Unter der Arbeiterschaft herrscht eine ungeheure Empörung über diesen neuen Nazimord.

# Überfälle der Nazis auf kommunistische, parteilose und Reichsbannerarbeiter

## Arbeiter von Polizei durch Bruchschuß schwer verletzt

Berlin, 3. April (Eig. Drahtbericht)  
Am Sonntagmittag überfielen Nazis auf dem Wedding mehrere Arbeiter. Die Arbeiter setzten sich zur Wehr. Vier SA-Banden wurden verletzt. In der Guelkenstraße im Berliner Südwesten hatten SA-Banden von ihrem Verbrechen aus Arbeiter provoziert und angegriffen. Als die empörten Arbeiter sich sammelten, um sich zur Wehr zu setzen, griff die Polizei ein und versuchte, die erregten Arbeiter mit dem Gummischuß auszusperren. Schließlich jag ein Polizeis-

beamter einen Revolver und schloß in die Arbeiter hinein. Der Arbeiter Erich Schmidt erhielt einen schweren Brustschuß und wurde in lebensgefährlichem Zustand ins Krankenhaus gebracht. Mehrere Arbeiter wurden verletzt.

Gegen 14.30 Uhr überfielen SA-Leute rote Wahlhelfer im Berliner Norden, in der Amsterdamer Straße. Die Arbeiter wiesen die Nazi-Provokationen energisch zurück. Gegen 18 Uhr überfielen Nazis Arbeiter in der Landentonske Road in Wittenau. Ein Arbeiter und ein Nazi wurden verletzt. Die Polizei verhaftete drei der sich verteidigenden Arbeiter und nahm auch drei Nazis fest.

Bei dem nationalsozialistischen Rummel des Aufziehens der Schupostraße mit Musik. Unter den Kindern, kam es zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten. Die Polizei griff ein und nahm Verhaftungen vor.

# Naziprovokationen in Altona

## 30 Verletzte. Viele Verhaftungen

Hamburg, 3. April 1932 (Eig. Drahtbericht)  
Am Sonntagnachmittag hatten die Nazis einen Werbeauszug in Altona. Nach der Auflösung des Zuges provozierten die SA-Trupps die Arbeiterschaft. Die Arbeiter setzten sich gegen diese Provokationen in roter Einheitsfront zur Wehr. Es kam zu schweren Zusammenstößen zwischen Reichsbannerleuten und Kommunisten einerseits und den provozierenden Nazis andererseits. 30 Personen wurden verletzt, viele wurden verhaftet.

# Genosse Stalin antwortet den Lügnern

Der Leiter des Moskauer Büros der amerikanischen Telegraphenagentur Associated Press, Richardson, wies die Lügenmeldungen hin, die in der Auslandspresse über die angebliche Erkrankung des Genossen Stalin verbreitet wurden, und um Aufklärung bittet. Die Genossen Stalin sind in der Moskauer Zeitung, welche die Genossen Stalin anheftet, weiterverbreitet zu werden und angenommen.

Genosse Stalin richtete an Richardson folgende Antwort:

„Es ist nicht das erste Mal, daß Lügenhörer Genossen Stalin in mehreren Besprechungen beschloßen, den Lügner zu verfolgen. Er ist seit Sonnabend in Krotz getreten. Ein Genosse an der Spitze kontrolliert — wie wir hören — die Durchsicht der Steuere. Auch aus den Gemeinden Krotz und Olschewitz sind Eingabe um Ermäßigung der Steuern abgegangen. Es war, in den Lügner getreten. Hier ist der Streit im Gange, daß beide Gemeinden abends völlig im Dunkel seien. Die Kollektoren werden Dellenpen und Nachträge verweigern.“

# Lichtstreif in und um Birna

Wie uns mitgeteilt wird, haben die Birner Genossen in mehreren Besprechungen beschloßen, den Lichtstreif zu verfolgen. Er ist seit Sonnabend in Krotz getreten. Ein Genosse an der Spitze kontrolliert — wie wir hören — die Durchsicht der Steuere. Auch aus den Gemeinden Krotz und Olschewitz sind Eingabe um Ermäßigung der Steuern abgegangen. Es war, in den Lügner getreten. Hier ist der Streit im Gange, daß beide Gemeinden abends völlig im Dunkel seien. Die Kollektoren werden Dellenpen und Nachträge verweigern.“

# Hausführung in der Arbeiterkammer

Am Sonnabend gegen 16 Uhr erschienen in der Arbeiterkammer vier Polizeibeamte der Abteilung B und suchten nach Exemplaren der Nr. 70, in der eine Meldung über Kriegsverbrechen in der Carlomaggen-Str. Dresden, abgedruckt war. Nach einseitigem Suchen, wobei nichts gefunden wurde, schickte man ein Verhaftungsplakat des Verlags.

# 10. SPD-Zeitung in Preußen verboten

„Tribüne“-Magdeburg unterdrückt!  
Die kommunistische Tageszeitung von Magdeburg, die „Tribüne“, ist vom Oberpräsidium vom 31. März bis 3. April verboten worden.  
Nach dem Verbot der Arbeiterzeitung in Frankfurt a. M. und der rheinischen kommunistischen Tageszeitungen sind mit dem Verbot der Tribüne am 1. April zehn kommunistische Tageszeitungen verboten. Das ist die Wahlfreiheit in Preußen. Es gilt, den Kampf um die proletarische Presse zu vertiefen. Systematische und planmäßige Werbung für die kommunistischen Tageszeitungen muß die Antwort auf den Verbot sein.

# Eisenbahner und Munitionsarbeiter in Polen unter Kriegszustand

Die polnische Regierung hat eine Verordnung erlassen, unter der die Eisenbahner und die Arbeiter in den Munitionsfabriken in den Soldatenstand versetzt werden. Diese Maßnahmen sind den Zweck, alle gegen Kriegsvorbereitungen und Kriegsvorbereitungen streikenden Arbeiter und Eisenbahner sofort vor das Kriegsgericht zu bringen. Die polnischen Kriegsindustriellen und Eisenbahner sind in den Kriegszustand versetzt worden. Ein Zeichen, an welchem Hochgrad die imperialistischen Völker auf den Krieg gegen die Sowjetunion hinarbeiten. Die polnischen Arbeiter haben auf die Maßnahmen ihrer Regierung damit geantwortet, daß sie überall Komitees zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg gebildet haben.

# Mieterstreik in Geishenmersdorf

## Geschlossene Kampfaufnahme. Gemeindeverwaltung droht mit Masseneingriffen

Wie wir bereits meldeten, beschloßen die Neubausmieter von Geishenmersdorf einstimmig in allen Neubauten den Mieterstreik durchzuführen, nachdem die Gemeindeverwaltung und der Bauverein eine ausreichende Mietenlenkung abgelehnt hatten. Einmütig und geschlossen setzte ab 1. April der Mieterstreik ein. Wie zum großen Streik in der Nachbargemeinde Neugersdorf steht auch hier alles von Arbeiter bis zum mittleren Beamten und Gewerbetreibenden in einer Front.

Als Gegenmaßnahme verhandelte die Gemeindeverwaltung an alle Neubausmieter ein Schreiben, in dem das Mietverhältnis gekündigt und die Zwangsordnung angeordnet wird. In diesem Schreiben heißt es:

„Der hiesige Bauverein hat in seiner Versammlung am 22. 3. 1932 zum Mieterstreik aufgerufen. Viele Tatsachen veranlassen den Gemeinderat, zur Selbsterhaltung zu ermahnen.“

Somit beachtetigt ist, den Mieterstreik auf die Gemeindefunktionen auszuweiten, steht sich der Gemeinderat zur Wahrung aller Rechte der Gemeinde gezwungen, vorwiegend alles Notwendige zu veranlassen. Zu diesem

Zweck wird Ihnen hiermit auf Grund von § 8, Abs. 1, des Mietvertrages das zwischen Ihnen und der Gemeinde bestehende Mietverhältnis über Ihre Wohnung für den 30. Juni 1932 vorfristig gekündigt.

Die Gemeinde behält sich außerdem ausdrücklich das Recht vor, den Mietvertrag gemäß § 8, Abs. 1, des Vertrages mit sofortiger Wirkung aufzuheben, wenn bei einem Mieter die in § 8, Abs. 1, des Mietvertrages für die sofortige Aufhebung des Vertrages vorgesehenen Voraussetzungen (Zahlungsverzug, oder sonstiger Verstoß des Mieters gegen den Mietvertrag und die Hausordnung) gegeben sind.

Der Gemeinderat, Bürgermeister.“

Dieses neue Schreiben hat die Empörung noch gesteigert. Die Mieter empfinden es als Faust, wenn in dem Schreiben außerdem nochmals die Herabsetzung der Mieten mit dem Hinweis auf die angeblich schlechte Finanzlage der Gemeinde — die aber die Gemeindeverwaltung nicht hindert, Industriellen Kredite zu geben — verweigert wird. Wie viele Mieter erklären, denken sie gar nicht daran, die Front durchbrechen zu lassen. Sie werden geschlossen als je und werden ihren Kampf bis zur Erfüllung ihrer Forderungen durchführen.

# Hitler — Kandidat der Hohenzollern

## Aufruf des Kronprinzen für Hitler. Sechenherren, Grafen und Barone für den Naziland daten. Stimmt für den antisozialistischen Kampfkandidaten Ernst Thälmann!

Die Hugenbergsche Telegraphenaktion teilt folgende „Kundgebung“ des früheren Kronprinzen mit: „Wahlenthaltung beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl ist unvereinbar mit dem Gedanken der Hugenburger Front. Da ich eine geschlossene nationale Front für unbedingt notwendig halte, werde ich im zweiten Wahlgang Adolf Hitler wählen.“

Einer der reichsten Großgrundbesitzer Deutschlands, der aus Steuergeldern Millionen und aber Millionen bekommen hat, der Mann, der den Krieg in der Etappe bei Wein und Weibchen verlebte, ruft zur Wahl von Hitler auf Hitler, der Kandidat der tödlich gehackten, ausgerissenen Hohenzollern, der Kandidat der hintersten schwarzweißen Reaktion, der Kandidat der ausgerissenen Fürstenhände — das ist der Sinn der Kronprinzenkundgebung!

Gleichzeitig haben eine ganze Anzahl von Fürsten, Grafen, Baronen, Generalen in Gemeinschaft mit den schlimmsten Ausbeutern wie dem Bergwerksdirektor Kauerz in Essen und dem Generaldirektor des Bochumer Vereins, Vorbei, ebenfalls einen Aufruf zur Wahl Hitlers erlassen. Das ganze reaktionäre Gesindel sammelt sich unterm Hakenkreuz.

Über die Front, die hinter der Kandidatur Hindenburgs steht, ist nicht minder reaktionär, Krupp und Dulsberg, die beiden großen Kriegsindustriellen, die den Hindenburgausbruch finanzierten, und nicht weniger schlimme Ausbeuter wie Thyssen und

Kauerz, die für Hitler eintreten. Und die enge Zusammenarbeit zwischen den Nazis und den Hindenburgparteiern, die jetzt erst wieder durch die Kampferz zwischen Groener und Käuhenhal bekräftigt wurde, ist die beste Stütze für Hitler.

Darum heißt die Parole für jeden Arbeiter und Werktätigen am 10. April: Wehrt den Kandidaten der Kriegsindustriellen, Hindenburg, noch den Kandidaten der rührerischen Hohenzollern, Hitler! Die Stimme jedes Arbeiters und Werktätigen geht dem einzigen antisozialistischen Kampfkandidaten Ernst Thälmann!

# Groener mit Klagges einig

## Eine Unterredung Groeners mit dem braunschweigischen Minister Käuhenhal

Reichstagsabgeordneter Junke hat sich beschwerdeführend über die Politik von Nazi-Klagges-Käuhenhal an den Reichsminister Groener gemeldet und um die „Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung“ im Land Braunschweig gebeten. Als Antwort darauf fand gestern in Bad Harzburg eine Zusammenkunft zwischen Groener und dem Minister Dr. Käuhenhal statt. Darüber wird

eine amtliche Notiz veröffentlicht, wonach „beide Minister in voller Offenheit die politischen Fragen besprochen haben und dabei feststellten, daß sie sich in völliger Übereinstimmung befinden“. Die „Braunschweigische Volkszeitung“ als das Organ der nationalsozialistischen Propaganda, stellt die mit großer Verfreidigung und Genugtuung fest.

Die „völlige Übereinstimmung“ zwischen Groener und Käuhenhal bedeutet auch völlige Übereinstimmung zwischen Groener und Nazi-Klagges. Ein solcher Einigkeit das Berliner Nazijournal, „Der Angriff“, feststellt, daß die Nazi-Käuhenhal und Groener das „beste Einverständnis“ zwischen

Diese Unterredung und ihr Ergebnis ist für die Partei der Brüning-Groener-Regierung charakteristisch. Solche Übereinstimmung mit den Deutschnationalen und nationalsozialistischen Ministern in Braunschweig und damit Billigung ihrer Politik das ist für die sozialdemokratische Arbeiterschaft, die in Braunschweig mobilisiert werden soll, außerordentlich wichtig. Der Sonntag für Hindenburg kommt, der Freitag die braunschweigische Politik von Nazi-Klagges-Käuhenhal. Deshalb heißt die Parole für alle Arbeiter die gegen den Faschismus kämpfen: Gebt eure Stimme dem roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann.

# Oeffentliche Anweisung Nr. 7 zur Wahl

1. Mit Beendigung der Notverordnung muß sofort im gesamten Bezirk die Agitation auf breiter Grundlage einsetzten (Betriebs- und Hausagitation, Demonstrationen, öffentliche Versammlungen, Materialverteilung usw.).
2. Die Agitation für den roten Arbeiterkandidaten muß das Straßenbild beherrschen. Fahnen und Transparente heraus.
3. Die Wahlhelferlokale müssen zu Sammelzentren unserer revolutionären Agitation und Propaganda werden. Täglich muß hier die Einteilung der Arbeit vorgenommen werden. Vor allem muß die gesamte Arbeiterschaft zur Mitarbeit herangezogen werden.
4. Am Donnerstag, dem 7., und Freitag, dem 8. April, erscheint eine vierseitige Sondernummer der Tageszeitung. Die Zustellung erfolgt mit der übrigen Tagespresse. Jede Ortsgruppenleitung ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß sofort der Vertrieb organisiert wird. Die Zeitungen müssen beim Zeitungsboden abgeholt werden. Die Zeitung erscheint in der zehnsten Auflage der Tagespresse.
5. Jede Ortsgruppenleitung muß sofort bei der NSD die entsprechende Volksentscheidungskampagne eröffnen. Die Zeitungen im ganzen Bezirk verkauft werden soll, helfen. Die Zeitungen

6. Mit 3 Pfennig verkauft und mit 4 Pfennig bei der NSD abgerechnet.
7. Alle Flugblattmaterialien werden, damit eine Spezialisierung des Betriebes eintritt, über die NSD ausgeliefert. Es erscheinen dreizehn Flugblätter, jeden achtseitige kleine Broschüren und acht verschiedene Plakate. Alle Materialien werden bis zum Schluß der Woche von uns kostenlos zum Versand gebracht.
8. Jede Ortsgruppenleitung muß für Plakat (Ankündigung) und Sonnabend, Vorabend der Wahl, eine Massen-demonstration vorbereiten und durchführen.
9. Jede Ortsgruppenleitung muß in erster Linie die im Orte vorhandenen Betriebe und die Stempelstellen mit den erforderlichen Materialien belegen.
10. Alle Leitungen im Bezirk werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Werbung für Partei und Presse ausschließlich mit der Wahlarbeit zu verbinden ist. Bei der Werbung über die Wahlergebnisse muß auch Mitteilung über die Werbergebnisse gemacht werden.
11. Jede Leitung wird verpflichtet, zum Sonntag, dem 10. April, abends eine Kundgebung zu organisieren, die gleichzeitig die Volksentscheidungskampagne eröffnet.

# Achtung! Mischhörer!

Der Kurier „Grundfragen des revolutionären Kampfes“ für den als Lehrer Bruno Goldammer bezeichneten, der infolge dessen Verhaftung ungeliefert werden. Goldammer der Genosse Schlampe gewonnen worden. Der Kurier beginnt am Freitag, dem 8. April, 20 Uhr, in der Jahnstraße 8, Seitengebäude. Wir erwarten rege Teilnahme!